



INFOBRIEF

LANDESFACHGRUPPE
HOCHSCHULE & FORSCHUNG

Autor*innen:

Uta Sändig

Bernhard Bielick

Landtagswahl in Brandenburg am 22.09.2024 Was die Parteien zu Hochschule und Forschung sagen

Die meisten Parteien, die in Brandenburg zur Landtagswahl antreten, bieten an, sog. Wahlprüfsteine einzureichen, d.h. Fragen, deren Beantwortung darüber Aufschluss geben soll, welche politische Richtung die jeweilige Partei in der nächsten Legislaturperiode einschlagen will.

Die Landesfachgruppe Hochschule und Forschung hat die Gelegenheit wahrgenommen und 9 Fragen zur Wissenschaftspolitik gestellt. Wir geben einen Überblick über die Antworten in sechs Themenfeldern.

Teil 2: Zur Personalstruktur

Der Fragehintergrund

Der Dialogprozess formulierte das Ziel, den Anteil an Dauerbeschäftigung im haushaltsfinanzierten akademischen Mittelbau im Landesdurchschnitt bis 2027 auf 40 % zu erhöhen.

Damit soll größere Kontinuität und Nachhaltigkeit in die Erfüllung der dauerhaft anfallenden Aufgaben in Forschung und Lehre gebracht werden. Im PostDoc-Bereich sollen neue Personalkategorien im BbgHG wie die Dozentur und Juniordozentur (§ 53) den Weg zu dauerhafter Beschäftigung neben der Professur eröffnen.

Die entscheidende Frage wird allerdings sein, ob die Hochschulen innerhalb der ihnen zugestandenen Autonomie in Personal- und Finanzfragen von sich aus willens und bereit sind, die neuen gesetzlichen Möglichkeiten zu nutzen und Dauerstellen im akademischen Mittelbau zu schaffen.

Unsere Fragen

(6) Was sind die Vorstellungen zur Personalstruktur im akademischen Mittelbau, die Daueraufgaben in Lehre und Forschung und befristete Qualifizierungsaufgaben in ein ausgewogenes Verhältnis setzt?

(7) Welche langfristigen Projekte an Hochschulen will ____ fördern, die eine nachhaltige Wissenschafts- und Personalentwicklung ermöglichen?

Die Antworten der Parteien

SPD, CDU, Grüne, Linke und Freie Wähler erkennen alle den Grundsatz **‘Dauerstellen für Daueraufgaben’** an. In der Frage der Umsetzung des Grundsatzes zeigen sich jedoch Unterschiede:

Die Linke plädiert dafür, in den Hochschulverträgen für den haushaltsfinanzierten akademischen Mittelbau eine Dauerstellenquote verbindlich festzuschreiben.

CDU und FDP hingegen verweisen auf die Autonomie der Hochschulen und sprechen sich gegen Landesvorgaben aus.

Andererseits, so betonen Grüne und CDU, sei mit dem neu in das BbgHG eingeführten § 54 die Möglichkeit geschaffen worden, über die Beteiligung der Personalvertretungen an der Erstellung der Dauerstellenkonzepte die hochschulspezifischen Zielvorgaben für den Anteil unbefristeter Arbeitsverhältnisse im Mittelbau zu beeinflussen. Dies wird nach Auffassung der Freien Wähler jedoch nur Wirkung erzielen, wenn die Dauerstellenkonzepte mit klaren Zielvorgaben verbunden werden.

Grüne und Linke kündigen an, in der neuen Legislaturperiode das BbgHG nachbessern zu wollen:

Die Grünen wollen sich dafür einsetzen, die PostDocPhase verbindlicher auszugestalten, indem diese mit der Zusage einer Anschlussbeschäftigung nach erfolgreicher Evaluation verbunden wird. Zudem soll dauerhafte Lehrauftragstätigkeit in reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden.

Linke und Grüne streben außerdem an, auf **Qualifizierungsstellen** den Anteil zur eigenen wissenschaftlichen Arbeit von einem Drittel auf die Hälfte der Arbeitszeit zu erhöhen.

Teil 3 zu Weiterführung des Dialogprozesses folgt demnächst
